

Erstheim täglich mit Ausnahme des Sonntags.

Die „Gießener Familienblätter“ werden dem „Anzeiger“ einmal wöchentlich beigelegt, das „Kreisblatt für den Kreis Gießen“ einmal wöchentlich. Die „Landwirtschaftlichen Zeitungen“ erscheinen monatlich zweimal.

Gießener Anzeiger

General-Anzeiger für Oberhessen

Redaktion und Verlag der Brüderlichen Universitäts-Büro- und Steindruckerei.
R. Lange, Gießen
Schriftleitung, Geschäftsstelle u. Druckerei: Schloßstraße 7, Geschäftsstelle u. Verlag: 112, Schriftleitung: 112. Adresse für Nachrichten
Anzeiger Gießen.

Mb. Deutscher Reichstag.

58. Sitzung. Sonnabend, 3. Juni 1916.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 15 Min.

Die Tabaksteuer.

(2. Tag.)

Abg. Henke (Soz. A.-G.):

Die Lope der Tabakindustrie ist gegenwärtig etwas zuverlässiger. Die neue Steuer wird viele Mittelhandelsgegenstände vernichten, ihre Erträge sind sehr zweifelhaft. Wir müssen darüber doch auch nach dem Kriege der bürgerlichen Steuerblätter sich zusammenfinden wird, um die Kosten des Krieges auf die Taschen der breiten Bevölkerung abzuwälzen. Auch diese Steuer trifft wieder nicht die Großunternehmer, sondern die Mittelhandelsgegenstände und die Kosten werden wieder den Armuten der Armen aufgeburdet. Das ist eine unerhörte Gelehrtheit; man muss kein Gewissen haben, wenn man sie mitmacht!

Präsident Dr. Kaempf ruft den Redner zur Ordnung.

Abg. Henke (Soz. A.-G.):

Die Arbeiterschäfte in der Tabakindustrie sind nicht annähernd so gelungen, wie die Kosten des Lebensunterhalts. Die Kinderarbeit nimmt überall ab, nur nicht in der Tabak-Industrie, ebenso ist es mit der Frauenarbeit. Tabak ist auch die Sündhaftigkeitsschärflichkeit in den Tabakgegenständen, so groß, die Überfüllungsschärflichkeit ist noch schärfer. Die Preußische Regierung hat einen der Tabakindustrie nahestehenden Bevollmächtigten in den Bundesrat entsendet.

Staatssekretär des Innern Dr. Helfferich:

Die verbündeten Regierungen sind wegen der Zuständigkeit ihrer Bevollmächtigten zum Bundesrat niemandem Rechenschaft schuldig. Sie würden es zuviel, wenn nach dieser Richtung eine Kritik an ihnen geübt würde, wie sie auch nicht daran denken, etwa mit den Befürwortern des Vorredners zu streiten, wer den Reichstag kommen soll. (Surft bei der Soz. A.-G.: Weil es das nichts angeht, Heiterkeit.) Die verbündeten Regierungen sind — und das ist ja auch die Meinung der großen Mehrheit des Hauses — der Ansicht, dass bei der Ordnung der Rätsellosungen am Tabak unter keinen Umständen wird vorbereitende Maßnahmen der Vorlagen nicht vorgenommen. Wer das noch nicht einführt, der möge sich nur einmal die Taschen vornehmen. Sie wir im Ausland über die Belastung des Tabaks bei uns und im Ausland gegeben haben. Die Länder mit Tabakmonopol, Frankreich, Österreich usw., scheiden dabei vollständig aus, ich nehme Ihnen zuwider, das Mutterland England. Bei uns betrifft die Belastung des Tabaks jetzt 20 Pf. der Bevölkerung 2,73 Mrd. In England hat sie vor der letzten Steuererhöhung 7,45 Mrd. betragen (S. dort), jetzt ist sie auf 10,45 Mrd. erhöht worden. (S. dort, dort). Dabei ist der Verbrauch bei uns 1,71 Millionen pro Kopf, in England 0,94. Der Verbrauch ist bei uns nahezu doppelt so groß, während die Steuerlast in England ein Rechtmäßiges beträgt. Ich glaube, diese Bauten sind klugend.

Wenn wir also der Überzeugung sind, dass bei den enormen Kosten, die uns der Krieg auflegt, wir uns eine höhere Belastung des Tabaks nicht verummen können, dann handelt es sich lediglich um die Wahl des Maßes und des Zeitpunktes. Das Ergebnis meiner Befürchtungen mit vielen Stücken der Tabakindustrie ist, dass auch die Gewerbe haben, wenn überhaupt eine höhere Belastung in Frage kommt, sehr jegliche Angstlichkeit am günstigsten. Auch was der Adl. Deichmann gestern auf Belämpfung der Vorlage angeführt hat, das infolge der Tabaksteuererhöhung von 1909 und auch von früher ein Rückgang der Arbeitslosigkeit stattgefunden hat und deshalb die Verteilung gefallen ist, spricht für meine Auffassung. Sobald eine Tabaksteuererhöhung in Gießen kommt, sondern Spekulationen und Vorberichtigungen statt, die Industrie würde aufs äußerste angespannt, es würden Arbeitnehmer neu eingestellt, es würde auf Lohn geachtet, und wenn dann die Steuer kommt, müsste ein Rückgang eintreten.

Im Jahre 1901 wurden in der Tabakindustrie rund 128 000 Arbeiter beschäftigt. Die Zahl stieg jährlich etwa um 2—3000, im Jahre 1907 jedoch um 8000, im Jahre 1908 um 11 000, also in diesen beiden Jahren um 19 000. Nach der Steuererhöhung von 1909 nahm dann die Zahl der Arbeiter naturgemäß wieder ab. Jetzt sind die Taschen wieder langsam gelungen, und im Jahre 1916 erleben wir sogar eine Steigerung von 28 000. (S. dort, dort).

Die Zahlen bringen: Anfang 1901 588 Mark, die Zahlen im Jahre 1915 mögen 703 Mark. An der ganzen Reihe Jahre sind die Taschen gesunken. Eine Ausnahme blieben die Jahre 1909, 1910, wo sie von 618 auf 616 sanken. 1911 stiegen sie auf 630 und haben dann den Höchststand erreicht, der überhaupt da war. Die Einwirkung dieser zahlenmäßigen Entwicklung ist danach auf die Spekulation und die Vorberichtigung auf der Tabakbörse zurückzuführen.

Dieselbe findet diese Verhältnisse ausgeschlossen. Die Taschen sind knapp, das Heer ist ein großer leistungsfähiger Abnehmer, und nach dem Kriege wird die Tabakindustrie zweifellos zu tun haben, die Lagen aufzufüllen. Weil wir etwaige Konkurrenz Wirkungen vermeiden wollen, ist jetzt der richtige Zeitpunkt, mit der Erhöhung vorgezogen. Nach den Statistiken des Zentral-Arbeitsnotiziens haben mit viel mehr offene Stellen als Arbeitslosenstellen. Die Belastungen anfangen zu dringen auf das Arbeitsnotiziensjahr. Der Arbeitsnotizien sind deshalb unbestreitbar. Aus der Aufnahme eines Vorredners, der für die arbeitslos werdenden Arbeiter vorsteht, darf man nicht dessen Notwendigkeit ablehnen. Ich halte die Vorberichtigungen nicht für notwendig und glaube nicht, dass Arbeitslosigkeit eintritt. Im Ausland wurde mir von sozialdemokratischer Seite gesagt, dann braucht ich auch keinen Widerstand gegen die Bestimmungen zu erheben. Jetzt dagegen steht der Arbeitsnotizien Deinhardt die Lage der Aufnahme dieser Bestimmung als Beweis dafür an, dass Arbeitslosigkeit erwartet werde. Der Tisch las man das anders.

Auch der Vorredner hat erneut die Behauptung aufgestellt, dass das Steuerkomitee auf eine Ausweitung der großen Kosten berechnet sei, und dass durch die Tabaksteuererhöhung eine Menge von Menschen gearbeitet würden. Meine Herren, etwas Wahr, ein was Wahr! Was bedeutet diese Vorlage? 25 Mark Erhöhung pro Telegramm, 0,38 Pf. für eine mittlere Zigarette. Da sprechen Sie von einer Menge von Dingen und vom Regel zum Sammelkärtchen ist genug, aber nicht von Leuten, die immer nur mein Leben. (Heiterkeit.)

Deshalb kann ich die Behauptung, es werde Massenarbeitslosigkeit durch die Vorlage, ebenso wenig ernst nehmen, wie das sonst bei der Kritik der Haft war. Ich bin überzeugt, dass unsere Geldstrafen drohen, auch die zu Ihrer Partei (zu den Sozialdemokraten) gehörigen, mit einem anderen Augenmaß zu den Dingen seien. Unsere Geldstrafen, bei denen doch alle Massen vertreten sind, und die vor dem Feind Tag für Tag dasselbe Schicksal erdulden und die größten Opfer bringen werden, das richtige Augenmaß haben für das, was das Vorgerade bedarf. (Beifall.)

Abg. Henke (Karlsruhe) (Fortschr. Dr.):

Briefe aus dem Felde beweisen, dass man auch dort der Ansicht ist, dass der Tabak am ersten Blüten sein. (Sehr gut!) Wir haben uns die Steuern sorgenvoller und ernsthafter überlegt als die Herren von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft; wir waren auch das identische Steuerprogramm abgelehnt haben! Wie hätte es gewirkt, wenn der Reichstag bei dieser Steuerfrage den Befreiungserlass hätte? Das wäre eine Panzersteuerklärung des Parlamentarismus selbst gewesen. Die Herren von der A.G. haben dem Parlamentarismus keinen befreien Dienst geleistet, als die außerordentliche Kriegsabgabe für Briefe im Ort- und Nachbarverkehr auf 7½ Pfennig festgesetzt, für Briefe im sonstigen Verkehr auf 5 Pf. Das Briefporto beträgt also im Ort- und Nachbarverkehr 7½ Pfennig, im sonstigen Verkehr 5 Pfennig. Postkarten kosten von nun ab 7½ Pfennig. Drucksachen bleiben frei. Postkarte bis zum Gewicht von 5 Pg. haben auf Entfernung bis 70 Km einschließlich 5 Pf. Aufschlag zu zahlen, auf alle weiteren Entfernung bis 10 Pg. bei einem Gewicht über 5 Pg. auf Entfernung bis 75 Km, 10 Pg. auf alle weiteren Entfernung bis 20 Pg. Briefe mit Wertangabe kosten auf Entfernung bis 70 Km, 5 Pg. Aufschlag, auf alle weiteren Entfernung bis 75 Km, 10 Pg. Postaufschlags erfordert 5 Pg. Aufschlag. Die für Postverteilungen und den Postverkehr vertragte in der Regierungsvorlage vorgesehenen Aufschläge hat der Ausschuss gestrichen.

Von den Telegrammen wird die Reichsabgabe 2 Pf.

Die Reichsabgabe zu den Post- und Telegraphen-

gebühren.

Der Ausschuss hat die außerordentliche Kriegsabgabe für Briefe im Ort- und Nachbarverkehr auf 7½ Pfennig festgesetzt, für Briefe im sonstigen Verkehr auf 5 Pf. Das Briefporto beträgt also im Ort- und Nachbarverkehr 7½ Pfennig, im sonstigen Verkehr 5 Pfennig. Postkarten kosten von nun ab 7½ Pfennig. Drucksachen bleiben frei. Postkarte bis zum Gewicht von 5 Pg. haben auf Entfernung bis 70 Km einschließlich 5 Pg. Aufschlag zu zahlen, auf alle weiteren Entfernung bis 10 Pg. bei einem Gewicht über 5 Pg. auf Entfernung bis 75 Km, 10 Pg. auf alle weiteren Entfernung bis 20 Pg. Briefe mit Wertangabe kosten auf Entfernung bis 70 Km, 5 Pg. Aufschlag, auf alle weiteren Entfernung bis 75 Km, 10 Pg. Postaufschlags erfordert 5 Pg. Aufschlag. Die für Postverteilungen und den Postverkehr vertragte in der Regierungsvorlage vorgesehene Aufschläge hat der Ausschuss gestrichen.

Von den Telegrammen wird die Reichsabgabe 2 Pf. von jedem Wort, mindestens 10 Pg. von jedem Telegramm erhoben. Nebrätschabfe und Rohrpostfachten kosten 5 Pg. Aufschlag. Bei Fernpreisabschlüssen und Nebenkosten wird allgemein ein Aufschlag von 10 Pg. erhoben. Bei dringender Befreiung ist die Reichsabgabe nur in Höhe der Abgabe für nicht dringende Gespräche zu erheben.

Von der Reichsabgabe sind frei die Hilfspostsendungen, Sendungen im Verkehr mit dem Ausland, sowie Verträge mit anderen Staaten eingegangen, gewöhnliche Postkarte, die aus Zeitungen oder Zeit-

schriften enthalten, Pressetelegramme.

Die Aufhebung der Reichsabgabe soll spätestens noch Abschluss des zweiten Rechnungsjahres nach Friedensschluss erfolgen, wenn es der Reichstag verlangt. Der Ausschuss erfordert den Reichsminister und beauftragt die Einführung einheitlicher Postmarken für das ganze Reich.

Abg. Dr. Biemer (Fortschr. Dr.) ist Berichterstatter.

Abg. Busch (Soz.):

spricht gegen die Vorlage. Gerade jetzt in der Kriegszeit sind Verkehrssteuern ganz ungünstig. Alle Postkarten bislang erfolgten nur eine Billigung für Erreichung der Pressetelegramme fand Verbilligung. Der Staatssekretär hatte ausdrücklich erklärt, das Post sollte während des Krieges nicht belastet werden, der Reichsfinanzier sprach von einer Neuverteilung aller inneren Politik. Von alledem ist in diesen Steuererlagen nichts zu spüren. Man sah es in Wille als selbstverständlich an, dass bei dieser Gelegenheit die Poststellen der regierenden Künste bestellt würden, obwohl das ja nichts mehr ist. Der Ausschuss hat die Kriegsabgabe beobachtet und kann sie nicht mehr aufrechterhalten, das Vorlage in dem interessanten Deutschen Tabakverein aufgegriffen. Dann hat man noch den Ausführungen des Senators Bleimann mit einer noch klareren Vorlage gedroht, wenn er die jetzige nicht annimmt. Ich weiß nicht, ob das ein objektiver Expressionsversuch ist.

Abg. Buseck (Soz.):

spricht gegen die Vorlage. Gerade jetzt in der Kriegszeit sind Verkehrssteuern ganz ungünstig. Alle Postkarten bislang erfolgten nur eine Billigung für Erreichung der Pressetelegramme fand Verbilligung. Der Staatssekretär hatte ausdrücklich erklärt, das Post sollte während des Krieges nicht belastet werden, der Reichsfinanzier sprach von einer Neuverteilung aller inneren Politik. Von alledem ist in diesen Steuererlagen nichts zu spüren. Man sah es in Wille als selbstverständlich an, dass bei dieser Gelegenheit die Poststellen der regierenden Künste bestellt würden. Aber wenn alles neuer wird und nach dem Kriege neuer bleibt, so kann ich mir wohl denken, dass auch die Post ihre Säße dauernd erschaffen muss. Der Redner begründet hierauf einen soziellpolitischen Antrag, durch Gesetz die Bestimmungen über die Postverteilung der regierenden Künste sowie deren Beamten und Witten aufzubauen. Mit den gebildeten Staatstelegrammen wird monatlich überredet.

Ein solches Staatstelegramm gab z. B. die Anweisung, dass einer Dame, die durch Haarmutter fast eine andere vorgesehen zu leben. Alle Kriegsteilnehmer genießen die Postfreiheit. Auch wir hatten unsere Bedenken gegen die Postverteilung und haben alle Fragen gründlich geprüft. Aber das Reich braucht Geld, viel Geld. Hier können wir es ohne großen Beamtenapparat bekommen. Gleich sollen die Verkehrsminister in erster Linie dem Vorsteher dienen. Aber wenn alles neuer wird und nach dem Kriege neuer bleibt, so kann ich mir wohl denken, dass auch die Post ihre Säße dauernd erschaffen muss. Der Redner begründet hierauf einen soziellpolitischen Antrag, durch Gesetz die Bestimmungen über die Postverteilung der regierenden Künste sowie deren Beamten und Witten aufzubauen. Mit den gebildeten Staatstelegrammen wird monatlich überredet.

Ein solches Staatstelegramm gab z. B. die Anweisung, dass einer Dame, die durch Haarmutter fast eine andere vorgesehen zu leben. Die Beamten und Diener des herzoglichen Hoftheaters in Braunschweig senden als Diensttelegramm dem Herzog ihren unterliegenden Glückwunsch der Geburtstagsfeier. Auf einen Bericht an die Künste über die Geburtstagsfeier erhält es oder aus Antwort. In einem ähnlichen Falle hat das Reichspolamt zugestimmt, das derartige Telegramme als unmittelbare Dienstliche Pflicht und nicht als persönliche Angelegenheit des Abwenders anzusehen und daher gebührenden Aufschlag zu erfordern. (S. dort, dort.) Am Interesse des Bereichs müssen solche Ausnahmefeststellungen zugestimmt werden. Das liegt auch im Interesse der Künste selbst. (Sehr richtig!) Der Staatssekretär hat mitgeteilt, dass die Künste freiwillig den Wehrheiltag zu feiern, die Wiederholung der Lehranstaltungen, das Kriegsministerium und die Kriegsprofessoren den Kriegsberichterstatter und verlängert haben, werden sie ebenfalls verhindern, wie darüber die Künste freigeworden sind, ebenso hier in Wille. (Sehr richtig!) Aber wenn die Künste den Wehrheiltag zu feiern, dann können sie auch auf die Postverteilung verzichten. Mit stimmen, wenn auch schwerer Herzens, diesem Kompromiss zu entsprechend unserem volkstümlichen Pflichtgefühl. (Sehr richtig.)

„Ein Überfall“ der Soz. Arbeitsgemeinschaft.

Gegen 2 Uhr, als das Haus sehr schlecht besetzt war — es waren im ganzen nur etwa 30 Abgeordnete im Saal — erhielt plötzlich der Theodor Vogel (Berg) (Soz. A.-G.) das Wort zur Gesellschaftsordnung. Er erklärte: Ich habe den Einstand, dass die anwesenden Mitglieder des Bundestags gleichzeitig eine Abstimmung über einen Aufstand zu sein, der dieser wichtigen Freuden nicht würdig ist. Ich beantrage daher Verweisung. (Beschluss bei den wenigen anwesenden Mitgliedern der Soz. A.-G.)

Im Saal ist man von diesem Antrage außerordentlich überrascht. Die Sitze sind leer und zu den Türen strömen noch ein paar Abgeordnete herein.

Abg. Dr. Müller-Weiningen (Fortschr. Dr.): Der Antrag ist ganz ungerechtfertigt, denn gerade die Partei des Herrn Vogels ist um alle Geschlechter vereint. (Allgemeine Zustimmung.) Es liegt gar kein Anlass vor, jetzt zu berügen. (Zustimmung.)

Bispräsident Dr. Raasche:

Der Antrag bedarf der Unterstützung von 30 Mitgliedern.

Abg. Meyer-Herford (Mdl.):

Die Bestimmung über die Arbeitslosen ist nur eine Vorsichtsmaßregel.

Abg. Dr. Blund (F. Dr.):

begündet einen Antrag, wonach die Tabaksteuer am 1. Juli, die Erhöhung der Zigarettensteuer am 1. Juni 1916 in Kraft treten sollen.

Die Anträge werden angenommen, ebenso die Auschubantrag zur Errichtung von Hochschulen für die Tabakindustrie.

Präsident Dr. Kaempf:

Leistet mit, dass am Montag bei der dritten Sitzung der Steuer-Vorlagen nochmals 5 Uhr auch die namentliche Abstimmung über einzelne Bestimmungen der Tabaksteuer-Vorlage stattfinden wird.

Damit ist die Tabaksteuer-Vorlage in zweiter Lesung erledigt.

